



Joshua Frey

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Joshua Frey, MdL, Haager Str.14, 79539 Lörrach

Anschrift



JOSHA FREY

Europapolitischer Sprecher

Mitglied im Sozialausschuss

Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 Stuttgart

Telefon (0711) 2063-645

Telefax (0711) 2063-14645

Mail: josef.frey@gruene.landtag-bw.de

Wahlkreisbüro

Haager Str. 14

79539 Lörrach

Telefon (07621) 5839520

Telefax (0711) 2063-14645

Mail: josef.frey2@gruene.landtag-bw.de

Lörrach, den 20. August 2015

Anrede,

die Auswirkungen der Kriege und Konflikte in der Welt werden auch in den Städten und Gemeinden des Landkreises Lörrach zunehmend spürbar: Denn die aktuellen Krisenherde auf der Welt lassen vielen Menschen keine andere Wahl als ihre Heimat zu verlassen. Weltweit gibt es rund 57 Millionen Flüchtlinge, die vor Krieg, Gewalt, Hunger und Armut ihre Heimat verlassen mussten.

Manche diese Menschen suchen hierbei Zuflucht in Baden-Württemberg: So sind im Jahr 2014 knapp 26.000 Asylbeantragsteller bei uns angekommen. Allein im ersten Halbjahr 2015 waren es laut dem baden-württembergischen Integrationsministerium bereits über 22.000. Das Bundesinnenministerium hat gestern seine Prognosen für 2015 nahezu verdoppelt und geht nun von 800.000 Asylsuchenden aus, von denen gemäß Königsteiner Schlüssel (knapp 13 Prozent) etwa 100.000 von Baden-Württemberg aufgenommen werden.

Die rechtliche, menschliche und gesellschaftliche Verpflichtung den Asylsuchenden Zuflucht zu bieten stellt uns vor große Herausforderungen - sowohl in den politischen Zentren in Land und Bund wie in den Städten und Gemeinden vor Ort. Vor diesem Hintergrund wende ich mich mit diesem Schreiben an Sie, um Sie über die aktuelle Sachlage sowie die neusten Entwicklungen zu informieren.

Ein besonders großes Gewicht kommt hierbei der Tatsache zu, dass ein Asylantrag durchschnittlich 6,7 Monate braucht, bis er vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) entschieden wird. Dies hat zur Konsequenz, dass auch Personen, die offensichtlich aussichtslose Anträge stellen, auf die Kreise verteilt werden müssen, da die Belegung der Plätze in den Landeserstaufnahmen (LEA) durch das Asylverfahrensgesetz auf die eigentliche Bearbeitungszeit von drei Monaten vorgeschrieben sind.

Daher müssen Asylanträge durch das BAMF deutlich schneller bearbeitet werden. Der Bund muss hier seine Anstrengungen verstärken und insbesondere seine Personalgewinnung deutlich beschleunigen. Nur so können wir – wie alle anderen Länder auch – den Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz umsetzen und müssen nicht mehr Personen, die vollziehbar ausreisepflichtig sind, auf die Landkreise und Kommunen verteilen.

Trotz der Bundeszuständigkeit für die Bearbeitungszeit, erarbeitet das Land Baden-Württemberg gleichwohl derzeit Lösungen, um einen rechtssicheren Verbleib von Personen ohne Bleiberechtigungsprospektiven in Aufnahmeeinrichtungen des Landes bis zur Aufenthaltsbeendigung zu gewährleisten. Hiermit möchten wir von Landesseite die Situation in den Landkreisen, Städten und Gemeinden verbessern. Dies wird aber nur bei optimalen Verfahrensabläufen und einer schnellen Entscheidung durch das BAMF gelingen. Dies ist leider noch nicht der Fall.

Anrede,

ich habe vollstes Verständnis für die schwierige Situation des Landkreises sowie der Kommunen und für die gegebenen Herausforderungen vor Ort. Daher möchte ich Ihnen an dieser Stelle herzliche für Ihre bisherigen Bemühungen in Ihrer Gemeinde und darüber hinaus danken und auch mitteilen, wie das Land in dieser Sache bereits aktiv wurde:

So haben wir beim Flüchtlingsgipfel im Juli 2015 erneut ein entsprechendes Maßnahmenpaket geschnürt: Bis zum Jahresende erhöhen wir die Kapazitäten der Erstaufnahmeeinrichtungen um 5.700 Plätze, im nächsten Jahr kommen mindestens 5.000 weitere Plätze hinzu.

Außerdem stocken wir das Landesförderprogramm „Wohnraum für Flüchtlinge“ um weitere 30 Mio. Euro ab 2016 auf. Damit unterstützen wir die Kommunen weiterhin kräftig bei der Unterbringung der Flüchtlinge. Die beim Flüchtlingsgipfel angekündigte Lenkungsgruppe, die das Verfahren in der Flüchtlingsaufnahme optimieren soll und bei der wir auch die kommunalen Landesverbände beteiligt haben, hat ihre Arbeit unmittelbar aufgenommen und schon mehr als 1.000 weitere Unterbringungsplätze geschaffen.

Auch in anderen Bereichen unterstützt das Land die Kommunen verstärkt bei der Unterbringung: So haben wir eine Einigung mit den kommunalen Landesverbänden in der Frage der kostendeckenden Pauschale für 2014/2015 erzielt. Aufgrund der Dynamik der Flüchtlingszahlen werden wir ab 2016 neue Verhandlungen führen und sichern Ihnen einen fairen Kostenausgleich zu. Darüber hinaus haben wir mit zusätzlichen Mitteln ein Programm zur besseren Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt geschaffen.

Auch die ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit wird durch das Land unterstützt: Seit 2015 hat das Land ein Förderprogramm zur Unterstützung der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit aufgelegt und arbeitet eng mit dem Flüchtlingsrat Baden-Württemberg zusammen, um die Helferkreise direkt zu unterstützen und ihre Arbeit zu erleichtern.

Die Landesregierung setzt alles daran, die Herausforderung der starken Zunahme der Flüchtlinge der letzten Monate zu bewältigen. Wir bilden zusammen mit dem Bund, den Kommunen, den Landkreisen und Regierungspräsidien, mit der Polizei, den Hilfsorganisationen und den vielen ehrenamtlich Engagierten eine Verantwortungsgemeinschaft. Das Land setzt sich hierbei im Sinne der Flüchtlinge und der Städte und Gemeinden auch gegenüber dem Bund dafür ein, dass wir hier die notwendigen Verbesserungen erreichen, um die Herausforderungen, vor denen wir in diesem Bereich stehen, gemeinsam zu meistern und solidarisch mit den Menschen, die in Not sind und auch den Aufgaben, die dadurch auf uns alle zukommen, umzugehen.

Anrede,

Gerne können Sie in dieser Sache mit Ihren Fragen und Anregungen stets auf mich zukommen. Zur besseren Übersicht der vielen Fragen, die Sie möglicherweise bei diesem Thema beschäftigen, habe ich Ihnen anbei ein Papier mit den wichtigsten Fragen und Fakten hierzu beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen,

Joshua Frey, MdL